

Corona-Stellungnahme der Leopoldina

Die Blaupause für den Ausstieg aus dem Stillstand

Die Leopoldina-Stellungnahme zeige, dass Deutschland den Seuchenbekämpfungsstandards meilenweit hinterher hinke, die für ein hochentwickeltes Land selbstverständlich sein müssten, kommentiert Theo Geers. Wer sich allein das archaische Meldesystem vor Augen halte, spüre, wie steinig der Weg noch sei.

Von Theo Geers



Für den großangelegten Neustart in Deutschland sei es noch zu früh, mein Theo Geers (dpa / picture alliance / Daniel Karmann)

Diszipliniert und verantwortungsbewusst haben wir Deutsche uns zum allergrößten Teil über Ostern und auch in den Tagen davor verhalten. Aus Einsicht, aus wohlverstandenen Selbstschutz, aber auch aus Hoffnung darauf, mit einer Verhaltensänderung einen Beitrag zu leisten, damit sich die Ausbreitung des Coronavirus deutlich verlangsamt. Das Ergebnis der Fron ist eindeutig: Das ist gelungen. Doch der Lohn der Fron ist nicht in greifbare Nähe gerückt. Noch nicht. Einen Schnellstart raus aus dem Stillstand wird es nicht geben. Denn die Blaupause für den Ausstieg aus dem Corona-Stillstand liegt jetzt vor. Egal welches Gutachten zu Rate gezogen wird – die 19 Seiten der Leopoldina oder die 15 der Experten aus Nordrhein-Westfalen – beide Papiere mahnen weiter zur Vorsicht.



Alle Beiträge zum Thema Coronavirus (Imago/Rob Engelaar/Hollandse Hoogte)

Lockerungen ja, aber nur, wenn das Virus dabei weiter unter Kontrolle gehalten wird. Voraussetzung für Lockerungen bleibt, dass sich die Neuinfektionen auf niedrigem Niveau stabilisieren, dass noch mehr Reservekapazitäten in Kliniken entstehen und auch andere Patienten wieder regulär versorgt werden können, schreibt die Leopoldina, das

Gesundheitssystem darf nicht überfordert werden, heißt es in dem Papier aus Nordrhein-Westfalen. Da gibt es wenig zu deuteln, auch wenn auf der anderen Seite der wirtschaftliche Preis unendlich hoch ist und die Ausgehbeschränkungen ältere Mitbürger, Menschen mit Depressionen, Kinder von gewalttätigen Eltern oder Frauen von gewalttätigen Partnern noch einmal zusätzlich treffen.

Mehr Panik als Erleichterung

Armin Laschet hat Recht: Vieles davon verschwindet derzeit hinter Türen und Mauern, es ist nicht sichtbar und dennoch nicht verschwunden. Aber solange das Virus umherwabert, ohne dass es andere Gegenmittel gibt als die, denen wir uns jetzt unterordnen, kann es hier und da, also im Kleinen, durchaus Lockerungen geben, aber den großangelegten Neustart darf es noch nicht geben. Dafür ist es zu früh. Deutschland – auch das ist aus den Stellungnahmen klar herauszulesen – hinkt immer noch meilenweit hinter den Seuchenbekämpfungsstandards hinterher, die heutzutage für ein hochentwickeltes Land eigentlich selbstverständlich sein müssten.



Abonnieren Sie unseren Coronavirus-Newsletter (Deutschlandradio)

Dazu nur ein Beispiel: Unabdingbar für ein Wiederanfahren des sozialen wie des wirtschaftlichen Lebens ist das möglichst exakte Wissen darüber, wer infiziert ist, wer krank ist und wer schon immun ist. Dieses Wissen müsste am besten, das schreiben die Experten der Politik auch ins Stammbuch, in Echtzeit vorliegen. Wer allein dieses Erfordernis mit den Zeitverzögerungen bei der Erhebung der Infektionszahlen vergleicht, wo schon ein Wochenende reicht, um hinter die Zahlen dicke Fragezeichen zu setzen, wer sich das archaisch anmutende Meldesystem hierzulande vor Augen hält, spürt, wie steinig der Weg noch ist. Anderes will gut bedacht sein. Der Vorschlag etwa, Schulen schrittweise in der Unterstufe mit kleinen Klassen á 15 Schüler wieder aufzunehmen, hat in sozialen Netzwerken eher Panik unter Eltern wie Lehrern ausgelöst. Von Erleichterung darüber, dass die Kinder bald wieder betreut sein könnten, war nicht viel zu spüren.



Theo Geers, 1959 in Sögel geboren, Studium der Volkswirtschaft an der Universität Köln, seit 1984 freier Journalist u. a. für DLF, WDR und andere ARD-Anstalten, seit 1991 als Wirtschaftsredakteur beim Deutschlandfunk. 1997 bis 2001 Korrespondent in Brüssel, 2010 bis 2011 Redaktionsleiter Wirtschaft und Umwelt, seit 2012 Berliner Korrespondent für die Programme des Deutschlandradio,

Themenschwerpunkt Wirtschaft und Finanzen.